



DIE DEUTSCHEN 1990 bis heute

Wir sind ein Volk



DEUTSCHLAND 1990 bis heute

Wir sind ein Volk

Ein Deutschland spielt in der WM-Qualifikation gegen die Republik Österreich. Österreich gewinnt mit 3:0. Für „Deutschland“ laufen am 15. November 1989 in Wien Spieler aus Magdeburg, Leipzig, Dresden, Ost-Berlin, Karl-Marx-Stadt und Erfurt auf. Es ist das letzte Pflichtspiel der DDR-Nationalmannschaft. Mit ihrer Niederlage ist die DDR in der WM-Qualifikation gescheitert. 1990 tritt bei der Weltmeisterschaft in Italien eine bundesdeutsche „Nationalmannschaft“ an. Ihre Spieler kommen aus Bremen, Kaiserslautern, Köln, München und Stuttgart. Sie spielen dort gegen Länder wie Jugoslawien und die Tschechoslowakei, die, während sich Deutschland vereinigt, bald zerbrechen werden. Weil sich der Vereinigungsprozess schnell vollzieht, meldet der Fußballverband der DDR seine Mannschaft aus der Qualifikation für die Europameisterschaft ab. Die Bundesdeutschen werden 1990 Fußball-Weltmeister. An den nächsten Turnieren nehmen „gesamtdeutsche Mannschaften“ teil.

DEUTSCHE EINHEIT

Der rasche Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990 ist nur möglich, weil die vier Siegermächte, mit denen es bis dahin noch immer keinen Friedensvertrag gibt, den Weg hin zur deutschen Einheit unterstützen. Den Schlussstein bildet die Zusage von Michael Gorbatschow, die Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO zu akzeptieren. Der Vertrag, der dem vereinten Land seine Souveränität gibt, wird im September 1990 in Moskau unterzeichnet. In Artikel 7 heißt es: *„Die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und*

Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst. Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“

Im Jahr 1992 beginnt der Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus dem Osten Deutschlands. An 276 Orten in 777 Kasernenanlagen leben 1991 noch 390.000 sowjetische Soldaten und etwa 160.000 Angehörige in der Bundesrepublik, auf deren Boden auch noch 390.000 westalliierte Soldaten stationiert sind. Zur Pflege der 760.000 Gräber von sowjetischen Kriegstoten in Deutschland hat sich die Bundesrepublik vertraglich verpflichtet. 1990 bestimmen optimistische Töne die öffentlichen Reden. Bundeskanzler Kohl verspricht den Neubürgern „*blühende Landschaften*“ binnen fünf Jahren, Finanzminister Theo Waigel erklärt in einem Interview: „*Wir können ein solches Projekt mit dem Wirtschaftswachstum der nächsten Jahre finanzieren.*“ Die Euphorie, aber auch der enorme Druck, der auf der Regierung Kohl lastet, weil die Menschen in den neuen Bundesländern substantielle Veränderungen erwarten, führen zu schnellen politischen Entscheidungen. Schon am 1. Juli 1990 tritt der „Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ in Kraft. Durch diesen Vertrag wird die D-Mark alleiniges Zahlungsmittel in der DDR. Löhne, Gehälter und Renten werden an diesem Stichtag zum Kurs 1:1 umgestellt. Zum gleichen Umtauschkurs werden Ersparnisse für Kinder bis 2.000 DM, für Erwachsene bis 4.000 DM und für Senioren bis 6.000 DM gutgeschrieben. Alle weiteren Guthaben sowie die Schulden werden zum Kurs 2:1 umgestellt.

Am 20. September 1990 ratifizieren Volkskammer und Bundestag den Einigungsvertrag. Am Tag darauf stimmt auch der Bundesrat dem Vertrag zu, der das in einigen Punkten geänderte Grundgesetz auch in der DDR zum 3. Oktober in Kraft setzt. Am 24. September verlässt die DDR den Warschauer Pakt und vier Tage später hält die Volkskammer ihre letzte Sitzung ab. Am 2. Oktober tritt im Berliner Reichstag der

um 144 von der Volkskammerfraktionen entsandte Abgeordnete erweiterte – jetzt gesamtdeutsche – Bundestag zusammen. Am 3. Oktober 1990 ist die deutsche Teilung juristisch beendet.

DEUTSCHLAND IM WANDEL

Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 gewinnt die amtierende Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP unter Führung von Kanzler Kohl. Die Grünen, die dem Prozess der Wiedervereinigung skeptisch gegenüberstehen, scheitern an der 5-Prozent-Hürde und sind in der folgenden Legislaturperiode nur durch acht Abgeordnete des Ost-Wahlbündnisses Bündnis 90/Grüne im Bundestag vertreten. Die PDS als Nachfolgeorganisation der SED gewinnt bundesweit gerade einmal 2,3 Prozent der Stimmen, sichert sich in Berlin ein Direktmandat und zieht über eine Sonderregelung ebenfalls ins Parlament ein. Am 20. Dezember 1990 eröffnet Willy Brandt als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des neu gewählten Bundestags im Berliner Reichstag.

Das enorme Tempo der deutschen Einigung zeigt sich an den schnellen Gesetzesvorhaben ebenso wie an den baulichen Veränderungen in einigen Städten. Besonders deutlich ist der Umbruch in Berlin. Bis auf wenige Teilstücke wird die Mauer binnen zwölf Monaten fast vollständig abgerissen. Zu Symbolen des Aufbruchs werden Krane und Baugerüste, aber auch die Imbisswagen und die bunten Wimpel der Autohändler überall in Ostdeutschland. Kaum jemand ahnt in diesen Monaten, wie schwierig der Prozess der Wiedervereinigung sein wird. Dabei sind die ökonomischen Probleme bekannt: Die Wirtschaftskraft der ehemaligen DDR hat das Niveau der Bundesrepublik am Ende der 50er Jahre. Die Infrastruktur ist ebenso wie der Maschinenpark hoffnungslos veraltet und weitgehend verschlissen; viele Wohnungen sind in menschenunwürdigem Zustand; die Umweltzerstörung und -verschmutzung übertrifft alle Befürchtungen. Jetzt kommt die Rosskur der freien Marktwirtschaft hinzu. Der Umtauschkurs 1: 1 für Löhne, Preise und Verbindlichkeiten stellt die angeschlagene DDR-Wirtschaft

vor unlösbare Probleme. Außerdem überschwemmen Westwaren den ostdeutschen Markt und verdrängen lokale Produkte. Bis Ende 1990 schrumpft die Industrieproduktion in den neuen Bundesländern um 60 Prozent.

Private Initiative und die von ihr ausgehende Kraft und Dynamik sollen dem Aufbau und der Entwicklung der neuen Bundesländer die wesentlichen Impulse geben. Um diese Kräfte freizusetzen, hat die neu gegründete Treuhandanstalt in Berlin die Aufgabe, die rund 8.000 volkseigenen Betriebe (VEB) zu privatisieren oder stillzulegen. Sie verwaltet darüber hinaus 30.000 Einzelhandelsgeschäfte, Hotels und Gaststätten, landwirtschaftliche Nutzflächen und Liegenschaften. Ihr wird das Schicksal von 3,5 Millionen Beschäftigten anvertraut. Der enorme Druck zum Handeln führt zu vielen übereilten Verkäufen. Da die Treuhand in erster Linie eine Verkaufagentur mit dem Ziel der schnellstmöglichen Privatisierung sein soll, akzeptiert sie in den meisten Fällen die Angebote der wenigen westlichen Investoren. Fast immer folgen Entlassungen, durchaus nicht immer zu unrecht, denn viele Neueigentümer haben völlig unrentable Betriebe mit künstlich aufgeblähten Belegschaften gekauft. Um ihre Unternehmen losschlagen zu können, geht die Treuhand bald vom Verkauf zum Verkauf mit hohen Zugaben (negative Verkaufspreise) über. Viele Betriebe werden zum symbolischen Preis von einer Mark losgeschlagen. Und die nicht immer erfahrenen Mitarbeiter stehen oft Managern gegenüber, die weniger an Umbau und Entwicklung als an Ausschlichtung und den billigen Kauf von Grundstücken und Immobilien interessiert sind. In kaum einem DDR-Betrieb kommt es nicht zu dramatischen Veränderungen.

Als Gert Maak 1992 den Ort Niesky in der Oberlausitz wieder besucht, „ist die gute Fee schon da gewesen“. Die Hauptstraßen sind asphaltiert, die Luft ist um vieles sauberer und die Läden sind voller neuer Waren von der Kiwi bis zum Videorecorder. Die Karl-Marx- und die Friedrich-Engels-Straße haben sich in die Goethe- und Schillerstraße verwandelt. Am Rand des Ortes steht ein hypermodernes Einkaufszentrum

und die Schreibwarenhandlung mit dem grauen Papier führt nicht einmal mehr ein Radiergummi aus ostdeutscher Produktion. „Niesky raste durch die Zeit, es schien sich mit einer einzigen Bewegung von den 50ern in die 90er zu schwingen. Alles, wofür ein westeuropäisches Städtchen 40 Jahre gebraucht hatte, geschah hier in nicht einmal 40 Monaten.“ 2005 ist ganz Niesky in Pastelltönen angestrichen und in den Straßen sind die Schlaglöcher verschwunden. Seit 1994 haben 1.000 Bewohner die Stadt verlassen; die Hälfte der Schüler wechselt nach dem Abschluss in den Westen; die Zahl der Geburten hat sich halbiert, die Arbeitslosigkeit liegt bei 18 Prozent. Und vor einiger Zeit sind die ersten wilden Wölfe in der Region aufgetaucht.

Die Oderflut des Jahres 1997 wird zur ersten gesamtdeutschen Erfahrung. Schwere Regenfällen im Juli und August 1997 im polnischen Quellgebiet der Oder führen zu einer Hochwasserkatastrophe am Grenzfluss Oder. Aurith, Brieskow-Finkenherd und Ziltendorfer Niederung sind Namen, die im Sommer 1997 jeder Fernsehzuschauer kennt. Die Wassermassen der Oder drohen nicht nur über die Deiche zu treten, diese sind auch durchnässt und brüchig. Am 23. Juli ist der Deich bei Brieskow-Finkenherd, am folgenden Tag der bei Aurith gebrochen. Die 5.500 Hektar große Ziltendorfer Niederung südlich von Eisenhüttenstadt wird überschwemmt und die Bevölkerung evakuiert.

Vor allem der konsequente und zügige Einsatz der Bundeswehr, den Bundeskanzler Kohl auf Bitten der brandenburgischen Landesregierung anordnet, macht das „Wunder von Hohenwutzen“ möglich. Hier schaffen Heeresflieger ununterbrochen Sandsäcke heran, mit denen Soldaten die Deichkrone erhöhen und den Deichhang verbreitern. 30.000 Pioniere, Panzergrenadiere und Flieger der Bundeswehr sind bis zum 10. Oktober im Einsatz. Das ist die bis dahin größte Aufgabe der Bundeswehr, die sonst nur zurückhaltend im Katastrophenschutz eingesetzt wird. Mehr als acht Millionen Sandsäcke und 177.000 Tonnen Sand und Kies werden bewegt. Die Präsenz der Medien weckt eine nie gekannte Hilfsbereitschaft. Vor allem in den alten Ländern werden mehr als 60 Millionen Euro gespendet.

EUROPAPOLITIK UND GLOBALISIERUNG

Neben dem Prozess der Wiedervereinigung ist in dieser Phase die Europapolitik von großer Bedeutung. Denn die europäischen Nachbarn schauen auf den neuen Koloss in ihrer Mitte, mit 80 Millionen Bürgern jetzt das bevölkerungsreichste Land Europas. Die Bundesregierung zerstreut viele Befürchtungen, indem sie an der Politik der europäischen Integration festhält. Mit dem Maastrichter Vertrag vertiefen die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft (EG) 1992 ihre Zusammenarbeit. Die EG wird zur Europäischen Union (EU). Kernstück des Vertrages ist die Wirtschafts- und Währungsreform bis Ende 1999. Bis in die Mitte der 90er Jahre regiert in der Bundesrepublik noch die „Deutschland AG“. Mit dem Begriff wird das in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gewachsene Netzwerk aus einheimischen Kapitalgebern, Banken und Industriekonzernen beschrieben. In Deutschland wird seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts die Industrie nicht über Aktien sondern über Kredite der Banken finanziert. Mittels Kreditvergabe und Beteiligungen erhalten die Finanzinstitute Einblick in fast alle Bereiche der Wirtschaft und üben einen dominierenden Einfluss aus. Aktienbesitz oder Eigentum stellen zudem Instrumente dar, die es dem Bund, den Ländern und Kommunen ermöglichen, direkten Einfluss auf das Wirtschaftsleben zu nehmen und die Grundversorgung in verschiedenen Bereichen wie Energie, Transport und Telekommunikation für weite Teile der Bevölkerung sicherzustellen. Banken und andere Finanzinstitute beherrschen die Aufsichtsräte der deutschen Industrie und bauen durch Überkreuzbeteiligungen ein dichtes Geflecht gegenseitiger Beziehungen auf. Persönlichen Bekanntschaften und Absprachen wird in diesem informellen System eine höhere Bedeutung zuteil als dem Börsenkurs eines Unternehmens. Deutsche Bank und Dresdner Bank gelten zusammen mit der Allianz-Versicherung und der Münchener Rück als die heimlichen Regenten im Land. Unter dem Ansturm der Globalisierung wird dieses die Bundesrepublik prägende wirtschaftliche Geflecht, auch rheinischer Kapitalismus genannt, entflochten und dem Gedanken des Shareholder-Value der zunehmend internationaleren Finanzströme geopfert.

Den Startschuss für die Globalisierung liefert der Fall des eisernen Vorhangs in Europa. Nachdem die bipolare Teilung der Welt ein Ende gefunden hat, entfaltet sich Welthandel in der jetzigen Form. Zwei Entwicklungen geben diesem Trend eine zunächst ungeahnte Dynamik: Der Verfall der Frachtpreise, nicht zuletzt eine Folge immer größerer Containerschiffe und die parallel zum Transport sich rasant entwickelnden Möglichkeiten der Kommunikation. Mitte der 90er Jahre ist es eine Selbstverständlichkeit, mit dem Internet große Datenmengen zu senden und zu empfangen. Auch die Kosten der Kommunikation sind auf einen extrem niedrigen Wert gefallen.

Ein Beispiel für die Auflösung der „Deutschland AG“ und die Folgen der Globalisierung ist die Firma adidas: In Herzogenaurach, einer mittelfränkischen Kleinstadt mit weniger als 23.000 Einwohnern, sitzt einer der bedeutendsten Modehersteller der Welt. adidas, einst Produzent von Sportschuhen, dann auch von Sportbekleidung, ist heute vor allen Dingen eines: eine Marke. Der größte europäische Anbieter von Sportschuhen und Sportbekleidung ist globalisiert. Aber in Deutschland bietet er vor allem die hochwertigen Arbeitsplätze an. Und mehr Beschäftigung als jemals zuvor. 2.000 Mitarbeiter sitzen heute in der Unternehmenszentrale, im Design, im Marketing, im Vertrieb und der Logistik. Das sind doppelt so viele, wie jemals am Standort in der Produktion beschäftigt waren. Die ist seit 1987 komplett ins Ausland, zu 56 Prozent nach Asien verlagert worden. Alles was mit den drei Streifen – dem adidas-Markenzeichen – angeboten wird, haben im Jahr 2005 die 25.000 Mitarbeiter der adidas Gruppe von mehr als 700 Zulieferfirmen mit 465.000 Beschäftigten herstellen lassen.

GESAMTDEUTSCHE HERAUSFORDERUNGEN

Die Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen und alten Ländern ist die größte Herausforderung der Politik und gleichzeitig ein zentraler Konflikttherd zwischen Ost- und Westdeutschen. Der verständliche Wunsch nach Steigerung des Lebensstandards auf westdeutsches Niveau kollidiert mit der ökonomischen Gesetzmäßigkeit:

Größerer Wohlstand ist an Fortschritte in der Produktivität gebunden und ein Rückstand von etwa 50 Prozent lässt sich nur langfristig aufholen. Hohen Transferleistungen von West nach Ost sorgen trotzdem dafür, dass sich die Wohlstandsschere schneller und weiter schließt als die Produktivitätsschere. 2001 verdienen ostdeutsche Arbeitnehmer durchschnittlich 1.206 Euro netto pro Monat und damit 240 Euro weniger als ihre Kollegen im Westen. Die einst weit klaffende Verdienstlücke – 1991 macht sie 43 Prozent aus – hat sich auf 17 Prozent reduziert. Im Jahr 2007 werden die Statistiker feststellen, dass die durchschnittliche Rente im Osten höher ist als im Westen der Republik.

Ein Unterschied existiert aber nicht nur zwischen den Löhnen in Ost und West, sondern generell in der Bezahlung der Geschlechter. Erwerbstätigkeit gehört inzwischen zum Lebenswurf der meisten Frauen. In den alten Bundesländern steigt ihre Erwerbsquote auf 64 Prozent im Jahr 2002. In Ostdeutschland, wo die Berufstätigkeit zu Zeiten der DDR eine Selbstverständlichkeit war, geht sie wegen der vielen wegfallenden Stellen auf 73 Prozent (2002) zurück. Der durchschnittliche Verdienst aller Frauen ist eher gering, weil 40 Prozent in Teilzeitarbeit beschäftigt sind. Aber auch vollbeschäftigte Frauen verdienen weniger als die Männer. In Handel, Banken und Versicherungen kommen sie nur auf 70 bzw. 74 Prozent des Bruttoverdienstes ihrer Kollegen. Da das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ weitgehend durchgesetzt ist, liegen die Ursachen für die niedrigen Verdienste zum einen in einer geringeren Qualifikation, zum anderen in einer Beschäftigung in wenig oder weniger verantwortlichen Positionen. Darüber hinaus gibt es immer noch ein Zusammenspiel aus Männerkartell, unterbrochenen Karrieren durch Mutterschaften und der unter Frauen weniger ausgeprägten Bereitschaft, der Arbeit alle anderen Lebensbereiche unterzuordnen. In den Redaktionen der öffentlichen Rundfunkanstalten arbeiten zur Zeit der „Wende“ etwa 20 Prozent Redakteurinnen. Zehn Jahre später sind es beim ZDF bereits doppelt so viele. Die Spitzen der Anstalten bleiben jedoch bis 2002 frauenfreie Zonen: Alle 18 Intendanten sind Männer. Erst 2003 wird im neu gegründeten Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) erst-

mals eine Frau Intendantin. Auch die deutschen Hochschulen sind an der Spitze weiterhin eine Gesellschaft der Männer: C 4-Professuren sind nur zu acht Prozent mit Frauen besetzt.

Die Hoffnung, dass mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes eine friedlichere Zeit beginnt, wird enttäuscht. Zur Beilegung alter und neuer Konflikte müssen UNO und NATO mehrfach militärisch eingreifen. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet im Juli 1994, dass deutsche Soldaten nach Zustimmung des Bundestages in militärische Operationen der UNO eingebunden werden dürfen. Seit 1996 beteiligen sich 4.000 deutsche Soldaten im Rahmen einer NATO-Friedenstruppe an der Überwachung der Friedensvereinbarungen in Bosnien-Herzegowina. Auch die Rot-Grüne Bundesregierung muss sich dem Problem der Kriegseinsätze stellen. Im Juni 1999 beschließen die Vereinten Nationen den Einsatz der NATO-Sicherheitstruppe Kosovo Force – (KFOR). Sie soll den Abzug der jugoslawischen Truppen und die Entmilitarisierung des Kosovo überwachen. Im selben Jahr fliegt die NATO im Rahmen der Operation „Allied Force“ Luftangriffe auf militärische Ziele im Gebiet der Bundesrepublik Jugoslawien, nachdem die politische Lösung der Kosovo-Krise gescheitert ist. Die Bundeswehr nimmt an den Operationen vor allem mit Aufklärungsflugzeugen teil. Es ist der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr seit ihrer Gründung.

1998 wird wieder gewählt. Die CDU stellt Kanzler Kohl und seine Erfolge wie die deutsche Wiedervereinigung und die Europäische Währungsunion in den Mittelpunkt des Wahlkampfes und weist auf die wirtschaftlichen Erfolge hin, die man nicht gefährden dürfe. Aber die Themenfelder Deutsche Einheit und Währungsunion erreichen die Wähler nicht. SPD (40,9 Prozent) und Grüne (6,9 Prozent) gewinnen deutlich mehr Sitze als Union (35,1 Prozent) und FDP (6,2 Prozent). Der Bundestag wählt den Sozialdemokraten Gerhard Schröder zum Bundeskanzler, Außenminister wird der Grüne Joschka Fischer.

Im folgenden Jahr wird das Land vom Aktienfieber ergriffen. Das Interesse der Deutschen am Aktienkauf hält sich bis 1996 in Grenzen, als

die Deutsche Telekom von ihrer T-Aktie statt der geplanten 100 Millionen Aktien 600 Millionen Stück verkauft, die am ersten Handelstag mit einem satten Gewinn von 16 Prozent abschließen. Im März 1997 startet das Wachstumssegment Neuer Markt (Nemax) der Deutschen Börse. Aktionäre erzielen einen schnellen Zeichnungsgewinn von über 50 Prozent. Zum Jahresende 1998 sind schon 62 Werte mit einer Marktkapitalisierung von 26 Milliarden Euro notiert. 1999 steigt die Zahl der Neuemissionen auf 132 Gesellschaften. Kurz vor der Jahrtausendwende beginnt der dramatische Kursanstieg. Der Nemax legt auf 4.552 Zähler zu und verdoppelt den Stand in den nächsten drei Monaten. Ein Unternehmen wie EM-TV ist plötzlich 12 Milliarden DM wert. Im Februar 2000 überflügelt der Nemax sogar den Dax. Die Marktkapitalisierung der jetzt 229 Unternehmen beträgt 234 Milliarden Euro. Dann beginnt der Niedergang. Als erstes Unternehmen beantragt „Gigabell“ ein Insolvenzverfahren. Gesellschaften wie Bintec, Telegate, EM-TV, und SAP SI senken ihre Prognosen. Den größten Kurseinbruch verbucht der ostdeutsche Software-Spezialist Intershop. Die Papiere verlieren binnen eines Tages 65 Prozent. Die Blase platzt. Bis zum Sommer 2002 verliert der Nemax 96 Prozent seines Wertes.

DAS NEUE DEUTSCHLAND

Der Zug der 50 „Love-Trucks“, der sich in Berlin am 10. Juli 1999 in Bewegung setzt, lockt die größte Menschenmasse an, die jemals in Deutschland auf so engem Raum feiert. Die Love-Parade ist die Demonstration des Lebensgefühls einer Generation, die die Lust und ein gutes Leben als höchstes Gut feiert. „Hedonismus“ nennen das die alten Philosophen. Die neuen sprechen von „Spaß-Gesellschaft.“ „Music is the key!“ lautet 1999 das Motto der Techno-Parade im zehnten Jahr ihres Bestehens. Und ihre Musik, die synthetische, rhythmusorientierte, metallische Tanzmusik im Vierviertel-Takt, ist tatsächlich der Schlüssel zum Erfolg der Mammut-Veranstaltung im Berliner Tiergarten. Aus den leeren Räumen Westberliner Industriebrachen und durchtanzten langen Clubnächten ist man zehn Jahre zuvor in die Öffentlichkeit gegangen. Als erste „House-Music-Demonstration“ ziehen

aus Anlass des Geburtstages des Spandauer Betonbauers Matthias Roingh, der sich als Plattenaufleger „Dr. Motte“ nennt, an einem regnerischen 1. Juli 1989 150 fröhliche Gestalten über den Kurfürstendamm. Der Zug ist als politische Demonstration für „Friede, Freude, Eierkuchen“ angekündigt und behördlich genehmigt. Behördlich genehmigt und jetzt wirtschaftlich sehr geschätzt wird auch die Veranstaltung mit 1,5 Millionen Teilnehmern im Jubiläumsjahr 1999.

Lieben und so leben lassen, wie es das Herz begehrt, hat die Mehrzahl der Deutschen am Ende des Jahrtausends gelernt. Im neuen Jahrtausend sind in der Bundesrepublik bekennende Schwule und Lesben ohne Abstriche nicht nur in der Unterhaltung und den Medien populär, sondern werden als Politiker auch zu Ministerpräsidenten, Bürgermeistern und Parteivorsitzenden gewählt. Bei jährlichen Umzügen zum Christopher-Street-Day demonstrieren sie in Städten wie Köln und Berlin ihr Lebensgefühl. Und zeigen mit viel nackter Haut und provozierender Kostümierung ihren Mitbürgern, wie viel Toleranz diese in den letzten 30 Jahren gelernt haben.

Die Deutschen, vor allem die Jüngeren, sind im Medienzeitalter angekommen. Medien sind ständige Begleiter im Alltag. Das Forschungsunternehmen Forsa ermittelt im Auftrag von SevenOne Media für das Jahr 2005 in der für die Werbung relevanten Zielgruppe der 14- bis 49-Jährigen: Jeder Deutsche in dieser Altersgruppe verbringt täglich über neun Stunden mit der Nutzung von Medien. 1999 sind es noch 6,5 Stunden. Je öfter, desto öfter: Jeder erwachsene Bundesbürger nutzt im Jahr 2005 statistisch täglich sogar zehn Stunden Medien. Zur Jahrtausendwende waren es noch knapp achteinhalb Stunden. Mehrere repräsentative Erhebungen kommen zu den gleichen Ergebnissen: Die Deutschen sind zu Beginn des dritten Jahrtausends mediensüchtig. Aber nicht unbedingt nach den alten analogen Medien Buch und Zeitung/Zeitschrift. Die meiste Zeit widmen die Deutschen dem Radio und dem Fernsehen. Jeder Erwachsene ab 14 Jahren hört täglich drei Stunden und 41 Minuten Radio und sieht drei Stunden und 40 Minuten fern. Das Internet kann mit diesen beiden Medien noch nicht mit-

halten. 44 Minuten täglich ist der Durchschnittsdeutsche im Jahr 2005 im Netz. Fast genauso lange (45 Minuten) wird der Musik von Trägern wie CD oder MP3 gelauscht. Die Tageszeitung wird täglich 28 Minuten, Zeitschriften werden zwölf Minuten lang gelesen. Der Buchlektüre widmen die Deutschen im Jahr 2005 nur 25 Minuten.

Nach einer Focus-Studie verbringen Arme, Alte und Menschen mit einfacher Schulbildung deutlich mehr Zeit vor dem Fernseher als Reiche, Junge und Gutgebildete. Nach den Zahlen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) für das Jahr 2005 beträgt die durchschnittliche TV-Sehdauer täglich drei Stunden 31 Minuten. Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von maximal 1.000 Euro sehen fünf Stunden 16 Minuten fern. Wohlhabende Zuschauer, die mehr als 4.000 Euro zur Verfügung haben, sitzen nur zwei Stunden und 20 Minuten vor dem Fernseher.

DIE REGIERUNG UNTER GERHARD SCHRÖDER

Die neue Regierung unter Kanzler Schröder steht vom ersten Tag an unter hohem Reformdruck. Das drängendste Problem ist die Massenarbeitslosigkeit. Schon seit Mitte der 70er Jahre ist es der Politik nicht mehr gelungen, die Arbeitslosigkeit entscheidend zu senken. Im März 1973 sind erstmals eine Million Menschen arbeitslos gemeldet; vom Oktober 1982 bis zur Wiedervereinigung sind es im Jahresdurchschnitt etwa zwei Millionen. Die nächste Millionengrenze fällt drei Jahre später, und 1996 sind erstmals vier Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Aber auch die neue Regierung kann das Problem nicht lösen. Der Kanzler verspricht nach seiner Wahl, die Arbeitslosenzahl zu halbieren. Tatsächlich steigt sie jedoch weiter an, bis die Arbeitsämter im Januar 2005 5,037 Millionen Arbeitslose melden.

Einige der anstehenden Reformen sind nur durch einen radikalen Umbau des Systems zu lösen – was auf den Widerstand vieler Interessengruppen stößt. Eines dieser drängenden Probleme ist die Überalterung Deutschlands, die das bisherige soziale Sicherungssystem in

Frage stellt. Die Fakten sind eindeutig: Soll die nächste Kindergeneration genauso stark werden wie die Elterngeneration, müssen 100 Frauen 208 Kinder zur Welt bringen. In Deutschland liegt die Rate aber nur bei 140 Geburten. Außerdem bleiben immer mehr Frauen kinderlos. Von den Frauen des Jahrganges 1935 brachten über 90 Prozent ein Kind zur Welt. Von den im letzten Kriegsjahr geborenen waren es 85 Prozent, vom Jahrgang 1965 werden es voraussichtlich nur noch etwa zwei Drittel sein. Aus dieser Entwicklung ergibt sich: In vier Jahrzehnten werden 100 erwerbsfähige Menschen 78 ältere Menschen gegenüberstehen. Aber bei der Lösung dieses Problems, das nur ein großer überparteilicher Konsens lösen kann, kommt es zu keiner Annäherung von Regierung und Opposition.

Auch das Tempo der Staatsverschuldung kann die neue Regierung nicht bremsen. Die Zahl von fast einer Billion Euro Staatsverschuldung – was einer Verdoppelung seit 1992 entspricht – ist kaum fasslich. Um die dramatische Lage zu verdeutlichen, hilft ein Beispiel: Die Schulden steigen im Jahr 2005 stündlich um sechs Millionen Euro. Nähmen die öffentlichen Haushalte ab Ende 2005 keine neuen Schulden mehr auf und würden sie jeden Monat eine Milliarde Euro Schulden tilgen, bräuchten sie 122 Jahre, bis der Staat schuldenfrei ist.

DIE GROSSE KOALITION UNTER ANGELA MERKEL

Viele Sympathien gewinnt die Koalition nach ihrer Wiederwahl im Jahr 2002 durch die klare Ablehnung eines deutschen Kampfeinsatzes im Irak. Allerdings verringert die Unionsmehrheit im Bundesrat den Handlungsspielraum der Regierung Schröder. An der Durchsetzung von schwierigen und auch in den eigenen Reihen kontrovers diskutierten Maßnahmen wie der Agenda 2010 erschöpft sich die Koalition. Zwischenzeitlich will ihr nach Umfragen nur noch jeder fünfte Bundesbürger folgen. Die SPD wird zum großen Verlierer aller folgenden Landtagswahlen. In Niedersachsen verliert sie 15 Prozent, im Saarland 14 Prozent, in Hessen zehn und in Bayern neun Prozent.

Als auch noch Nordrhein-Westfalen an die CDU geht, leitet der Kanzler ein verfassungsrechtlich umstrittenes „Konstruktives Misstrauensvotum“ gegen sich selbst ein.

Am 18. September 2005 wird abermals ein neuer Bundestag gewählt. Wieder erwarten gewinnt die CDU/CSU die Wahl nicht deutlich. Sie bringt keine regierungsfähige Mehrheit. Nach dem vorläufigen Endergebnis ist die Union stärkste Kraft, knapp gefolgt von der SPD. Nach sechswöchigen Verhandlungen einigen sich CDU, CSU und SPD auf eine gemeinsame Große Koalition unter Führung von Angela Merkel. Während dieser Wochen tritt nach einer Abstimmungsniederlage über die Nachfolge des bisherigen Generalsekretärs Franz Müntefering überraschend als SPD-Vorsitzender zurück. An seine Stelle tritt der Brandenburger Ministerpräsident Matthias Platzeck. Damit stehen 16 Jahre nach dem Mauerfall zwei Ostdeutsche an der Spitze der beiden großen Volksparteien.

Am 22. November 2005 legt Angela Merkel vor dem Bundestag ihren Amtseid ab. In ihrer Regierungserklärung sagt die neue Kanzlerin, für sie sei die Freiheit nach dem Fall der DDR die größte Überraschung ihres Lebens gewesen: *„Mit vielem habe ich gerechnet, aber nicht mit dem Geschenk der Freiheit vor meinem Rentenalter.“* Vor 1989 hätten alle Wege an der Mauer geendet, die *„unser Land für alle Zeit zu zerschneiden schien“*. Und sie sagt weiter: *„Wer in seinem Leben schon einmal so positiv überrascht worden ist, der hält vieles für möglich.“*

DIE DEUTSCHEN 1815 BIS HEUTE

Eine Zeitreise in Texten, Bildern und Filmen



DIE DEUTSCHEN 1815 bis 1918
Fürstentum und Bürgerkriege



DIE DEUTSCHEN 1918 bis 1945
Leben zwischen Revolution und Katastrophe



DIE DEUTSCHEN 1945 bis 1972
Leben im doppelten Wirtschaftswunderland



DIE DEUTSCHEN 1972 bis heute
Auf dem Weg zu Einheit und Freiheit

Einsatz in Bildung und Unterricht

Das multimediale Projekt „Die Deutschen“ eignet sich besonders gut für den Einsatz in Bildungseinrichtungen jeder Art. Die 13 Filme auf zwölf DVDs können selektiv genutzt und im Unterricht eingesetzt werden. Die Filme teilen sich in mehr als 1.000 „Icons“ auf, die zwischen 40 und 150 Sekunden lang sind. Diese Icons sind das Mosaik, aus denen sich ein Bild aus 200 Jahren deutscher Geschichte zusammensetzt. Einzeln oder in Gruppen können diese Icons ebenso wie Einzelfilme im Unterricht eingesetzt werden. Eine sachliche Alternative dazu bilden die Interviews mit bedeutenden deutschen Historikern, die jede DVD ergänzen.



Herausgeber
Saeculum Verlagsgesellschaft
Leuschnerdamm 13
10999 Berlin
www.saeculum-verlag.de

© Saeculum Verlagsges. mbH, Berlin 2008. All rights of the producer and owner of the work reserved. Unauthorized copying, hiring, lending, public performance and broadcasting prohibited. Made in Germany.